

# EMERGENZEN 7: OPEN ACCESS

## Workshopbericht

Kakanien revisited (Wien)

1 <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/23/23829/1.html>

Definitionsmacht, Subventionierung, Zuständigkeiten, Evaluierungsschwierigkeiten, die Umstrukturierung der Publikationspraxen im (geistes)wissenschaftlichen Betrieb – kurz gefasst waren dies die Stichworte, um die sich die Beiträge und Diskussionen des 7. *Emergenzen*-Workshops von *Kakanien revisited* am 4. Oktober 2008 an der Universität Wien kreisten. Open Access bringt im humanwissenschaftlichen Kontext, so scheint es, mindestens so zahlreiche Probleme wie Vorteile mit sich.

Dies wurde auch in der Skizze klar, die Peter Plener (Senior Editor, *Kakanien revisited*) in seinem Auftaktvortrag präsentierte: Ausgehend von einem Aufsatz Ulrich Herbs in *Telepolis*,<sup>1</sup> der den Kapitalbegriff von Pierre Bourdieu auf das wissenschaftliche Arbeiten ausdehnte, argumentierte Plener für eine feinere Unterscheidung in Sachen geisteswissenschaftlicher Impact Factors, zumal diese wie auch die Definition »Buch« oder »Publikation« als eine pure soziale Konstruktion hingenommen werden müssen, die keine eindeutig definierbare Qualitätsmessung erlauben. Nicht nur, dass die Zitationspraxis alleine schon erhebliche Unterschiede in den verschiedenen Disziplinen aufweist, sondern auch der mediale Engpass, der durch das Internet vorgezeichnet wird, erfordert einen subtileren Zugang zur geisteswissenschaftlichen OA-Publikation. Auch wenn die Anwendungsstrategien auf Grund der *Budapester* und *Berliner Erklärungen* etwas klarere Umrisse erhielten, indem die Archivierungsaufgaben als Funktionen von Bibliotheken statt Verlagen ausgewiesen wurden, stehen etliche juristische und sozialpolitische Fragen in dem Maße offen, dass die Zuständigkeiten, womit v.a. die Fragen der Finanzierung und somit der rechtlichen Ansprüche gemeint sind, nach wie vor schwer definierbar sind. Pleners Plädoyer für die Stärkung des bildungs- und wissenschaftspolitischen Diskurses, sprich (ideologischen und finanziellen) Einsatzes des Staates für Open Access, wurde mit jenen Argumenten untermauert, die in diesem Bereich die Vorzüge von Pluralismus, Offenheit, Zugänglichkeit usw. des Wissens, der Information und der Kommunikation gerade mit Blick auf die verminderte Funktionsfähigkeit von geisteswissenschaftlichen Verlagen (Beispiel: *Böhlau* ohne Vertriebssystem) sowie auf die chaotische staatliche Subventionierungspraxis von Printpublikationen, aber auch auf den veränderten Status von Privatbibliotheken einzelner WissenschaftlerInnen betonen. Dass die schwankende Qualitätssicherung immer noch als Ausschlag gebendes Gegenargument angeführt wird, könne gerade durch den Hinweis auf die Anomalien im Falle der traditionellen Publikationsform ausgehebelt werden. Mit einem sinnvolleren Einsatz des staatlichen Engagements müssten diese wissenschaftspolitischen Fragen dem Ausbau von Open Access den Weg ebnen.

In der Diskussion pflichtete Ursula Reber (Projektleiterin, *Kakanien revisited*) den Grundideen des Vortrags bei, indem sie zusätzlich die fragwürdigen Methoden der Datensammlung des SCI hinsichtlich der Internetzitation hervorstrich. Während Gernot Hauser (Projektleiter, *eLib*) die skizzierte Situation als eine Anpassungsphase definierte, plädierte Falk Reckling (Wissenschaftlicher Sachbearbeiter, Ansprechperson für OA-Fragen, *FWF*) für die Sinnhaftigkeit des SCI im Bereich der Naturwissenschaften, was er anschließend in seinem Vortrag *Open Access. Die Ökonomie alter und neuer wissenschaftlicher Publikationsformen* noch stärker zur Sprache brachte: Da ein zentrales Anliegen des FWF darin bestehe, die Forschungsergebnisse transparent und somit die Subventionspolitik legitimierbar zu machen, wurden neuerlich Maßnahmen getroffen, die die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen, Studien usw. im Internet nicht nur finanzieren, sondern diese explizit als Pflicht der jeweiligen geförderten WissenschaftlerInnen ausweisen. Diese Art der Publikation stärke nämlich nicht nur die Transparenz, Reproduzierbarkeit und Vernetzung des Wissens, sondern sie sei auch kostengünstig, schnell, qualitativ (und plagiatsstechnisch) kontrollierbar, und durch die freie Zugänglichkeit unterstütze sie die wissenschaftliche Kommunikation insbes. im Falle von kleineren Disziplinen. Trotzdem sieht sich die Praxis der Open-Access-Publikation mit etlichen Schwierigkeiten konfrontiert: Im Gegensatz zu den generellen Entwicklungen in den Naturwissenschaften ist die Reputation der OA-Veröffentlichungen gerade im Bereich der Humanwissenschaften immer noch äußerst niedrig; um den neuen Aufgaben nachkommen zu können, müssten die Finanzbudgets der Bibliotheken neu strukturiert bzw. ihre Zuständigkeiten klarer definiert werden; technisch

gesehen fehlt es an Lösungen für langfristige und konvertierbare Archivierungsformen und fachspezifische Suchmaschinen, außerdem besteht im Verlagswesen immer noch ein Mangel an profitablen OA-Modellen. Die Tätigkeiten des FWF richten sich demnach u.a. auf die Ausbildung von Kooperationsformen mit unterschiedlichen Wissenschaftsverlagen, die neben Einzelveröffentlichungen auch die streng begutachtete Publikation von Sammelbänden mit einschließen: Dies sei nachgerade ein bedeutender Fortschritt im österreichischen Verlagswesen, denn Peer-Reviewing stelle hier eine beinahe unbekannte Verlagspraxis dar, die, so die offizielle Erklärung, ausschließlich vom Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ausgeübt werde. An Hand dieser Erfahrungen betonte Falk Reckling die Dringlichkeit von für die österreichischen Forschungsstellen verbindlichen Publikationsrichtlinien, etwa nach dem Muster der OA-Policy der Harvard University, sowie die Ausarbeitung von Maßnahmen der einheitlichen Qualitätssicherung.

Die anschließende intensive Diskussion thematisierte die Bestimmung von Forschungsergebnissen als eine definitorische Problematik (Ursula Reber): Inwieweit sei es möglich, im geisteswissenschaftlichen Bereich eine Definition dessen zu treffen, was als Resultat der Forschung gilt, und außerdem wie könnte die Veröffentlichung von Archivmaterialien in dieser Landschaft positioniert werden? Der Vortragende plädierte für eine graduelle Lösung, indem zunächst die Ratifizierung einer generellen OA-Policy erfolgen soll, wonach und auf Grund derer auch die disziplinspezifischen Kriterien ausgearbeitet werden können (in den Sozialwissenschaften bspw. würde dies in der Verpflichtung bestehen, Umfragedaten frei zugänglich online zu stellen). Falk Reckling wies indessen auch darauf hin, dass die Machtfrage ein nach wie vor problematisches Element in diesem Projekt darstellt: Die ForscherInnen, paradigmatisch etwa in der Archäologie, geben ihre Daten ungern aus, weil sie sie wie Privatbesitz hüteten. Als Gegenmaßnahme seitens des FWF wird die Höhe der Subventionierung der OA-Publikation von der Zugänglichkeit der Primärdaten abhängig gemacht. Gabriella Ivacs (Chief Archivist, *Open Society Archives*, Budapest) bemerkte in diesem Zusammenhang, dass das Argument der öffentlichen Finanzierung für die Sicherung der freien Zugänglichkeit von Daten und Materialien theoretisch weitgehend greife, nicht aber direkt in die Praxis umsetzbar sei. Herbert Hrachovec (Philosoph an der Universität Wien) äußerte indessen eine generelle Kritik an die österreichische Förderpolitik von wissenschaftlichen Projekten auf ministerialer Ebene. Exemplarisch dafür stehe gerade der Umgang mit den Humanwissenschaften: Sie würden in Österreich unter gehemmtten Entwicklungsmöglichkeiten leiden, ja sie seien im internationalen Vergleich ausgesprochen rückständig, während die Förderstellen, bar jeder leitenden wissenschaftspolitischen Vision, nur klassische Kleinprojekte finanzieren, die voneinander isoliert und unkoordiniert abgewickelt würden. Dies führe lediglich zur Entstehung von abgesonderten Datenbanken, was wiederum die Lebensuntauglichkeit solcher Projekte vorkodierte. Dem soll, so Falk Recklings Vorschlag, gerade durch die erwähnten förderpolitischen Modelle abgeholfen werden, die eindeutige wissenschaftsstrategische Kriterien für die Evaluierung von Projektanträgen bereit stellen. Peter Pleners Bedenken bzgl. der OA-Publikationsförderung galten der Kontrollierbarkeit von Mehrfachfinanzierung sowie der scheinbar unmöglichen Überbrückung von individuellen und institutionellen Interessen. Der Vortragende verwies auch in diesem Kontext auf die auf kooperativer Basis abzuschließenden Verträge zwischen Verlag, Förderinstitution und AutorIn. Für die Schwächung oder gar Eliminierung der Dominanz, Kartellstruktur und Inflexibilität der humanwissenschaftlichen Printpraxis, die bspw. nach Peter Plener unter den gegenwärtigen Umständen kaum abzuschaffen sind und nach Chris Armbruster (Executive Director, *Research Network 1989* und wissenschaftlicher Mitarbeiter, *Max-Planck-Institut*, Berlin) höchstens durch eine radikale Veränderung der Subventionierungsrichtlinien bzw. durch eine Dezentralisierung von Publikationsinstanzen gebrochen werden könnten, müsste erst, so Falk Reckling, eine ebenso radikale Modernisierung des individuellen und institutionellen Zugangs zu OA erfolgen. Während Peter Plener, im Sinne seines Vortrags, nochmals auf die Notwendigkeit von zentralen politischen Maßnahmen (*top-down*) hinwies, und Herbert Hrachovec in diesem Zusammenhang die Beachtung von fachspezifischen Bedürfnissen als unabdingbar erklärte, bedauerte Falk Reckling die Kooperationsunfähigkeit der Institutionen, die bereits mehrfach zum Scheitern von Top-Down-Initiativen geführt hätte.

Schon mit dem Titel seines Vortrags (*Open Access – Will It Happen in the Social Sciences and Humanities?*) sprach Chris Armbruster jene Fragen an, die in den beiden

vorangehenden Vorträgen und Diskussionen mehrfach angeschnitten worden waren. Als Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts, das sich zunehmend für die OA-Bewegung innerhalb des Wissenschaftsbetriebs engagiert und auch analytisch mit den Entwicklungen im OA-Bereich als Teilnehmer der Initiative EUROPA (*European Observatory on Publishing, Preservation and Access*) auseinandersetzt, sowie als Leiter des *Research Network 1989*, einer transnationalen Forschungsgruppe, die die sozialen, ökonomischen, juristischen und politischen Auswirkungen der Wende analysiert und ihre Ergebnisse als OA-Publikation zugänglich macht, präsentierte Chris Armbruster eine Reihe von Projekten, die sich für den Einsatz und die Verbreitung von Open Access innerhalb der Wissenschaftskommunikation einsetzen. Die Zielsetzungen sowie die prospektiven Erträge dieser Projekte decken sich mit den Argumenten, die bereits zu Beginn der Tagung festgestellt wurden, die Art und Weise jedoch, wie eine florierende OA-Plattform zu errichten wäre, wurde vom Vortragenden wie folgt skizziert: Mit der Gründung eines OA-Journals sollen Präferenzen in diese Richtung stark gemacht werden, z.B. durch die Förderung, Studien oder Artikel in disziplinäre oder institutionelle E-Print-Repositorien einzureichen. Die juristischen Rahmenbedingungen sollen zu Gunsten von OA-Publikationen klar definiert werden, wie auch z.B. der Zugang von Alumni zu universitären elektronischen Bibliotheken. Darüber hinaus soll die Zugänglichkeit solcher Quellen in armen Ländern durch kostengünstige oder entgeltfreie Lösungen garantiert werden. Dabei sind Grundsatzfragen zu klären: Inwiefern soll z.B. die Verpflichtung zur (eventuell assistierten) Selbstarchivierung die Seite der Verlage oder der AutorInnen betreffen, ja wäre überhaupt die Archivierung als Pflicht, Empfehlung oder bezahlter Service auszuweisen? Soll die Finanzierung der OA-Publikation von den AutorInnen, eventuell von AbonnentInnen, von Sponsoren oder Sponsorengruppen geleistet werden und wie wäre die zukünftige Funktion von Verlagen und Repositorien unter diesen Umständen zu definieren? Darüber hinaus müssen technische, finanzielle und gesetzliche Parameter festgestellt werden, die u.a. die Anwendung von Open Standards, die Präferenzen der Förderung und die Nichtexklusivität der Lizenzen zur Zertifizierung von Forschungsergebnissen regulieren. Dies alles setzt allerdings eine Neubestimmung von Zuständigkeiten voraus, die die Rolle von Förderinstitutionen, Verlagen, Forschungsstätten betrifft: Demnach, wie dies auch von Falk Reckling nachdrücklich formuliert wurde, sind basale wissenschaftspolitische Strategien im Bereich der Wissensvermittlung auszuarbeiten, an Hand deren institutionelle Funktionen, Finanzierungsmaßnahmen (auch für den kommerziellen Gebrauch von Forschungsergebnissen) und Digitalisierungsrichtlinien klar definiert werden können. Abschließend empfahl Chris Armbruster weiterführende Fragen zum Auftakt der Diskussionsrunde: Kann überhaupt die Verbindung zwischen Transparenz, Impact und öffentlicher Förderung gewährleistet werden? Angesichts der monomedialen Verankerung von Open Access, stellt sich auch das Problem, inwieweit diese Einleisigkeit aufrechterhalten oder gar in erster Linie gefördert werden soll. Oder, auf der konträren Seite, wenn z.Z. alleine durch OA eine technologisierte, weitgehend transparente und für hohe Breitenwirksamkeit sorgende Wissensvermittlung zu garantieren ist, wie soll diese Exklusivität noch weiter verstärkt werden?

Die Diskussion kreiste demnach v.a. um diese zuletzt angesprochenen Probleme: Nach Ursula Reber müssten diese Fragen alleine schon deshalb geklärt werden, weil sie eine tief greifende Veränderung nicht nur auf institutioneller Ebene, sondern auch angesichts einzelner AkademikerInnenlaufbahnen bewirken. Herbert Hrachovec plädierte wiederum dafür, dass neben der Förderung von Bottom-Up-Initiativen die Rolle des Staates und die einschlägigen Finanzierungszuständigkeiten in den Vordergrund gerückt werden. Dem hielt Gernot Hausar, indem er sich auf seine eigenen Erfahrungen berief, entgegen, dass individuelle Initiativen, auch von Einzelpersonen ohne jegliche institutionelle Verankerung, mindestens so maßgeblich gefördert werden müssten.

Diese Gedanken wurden denn auch in seinem Vortrag unter dem Titel *Public Intelligence – Wissen.schaff[ft]. Freiheit?! Open Access, (preemptive) Self-defence, Collateral Damage and Science-guerilla. Eine Stellungnahme* weitergeführt: Ausgehend von der Vernetzung der im Grunde gegensätzlichen Konservierungsbestrebungen des kulturellen Erbes und der Innovation als solcher wies der Vortragende darauf hin, dass Open Access lediglich als eine unter den unterschiedlichsten Reaktionen auf die kreativen Techniken im Internet anzusehen ist. Unter den vielfältigsten, gegenwärtig kursierenden juristischen Lösungen könnte die Rechtsform »Copy-Left«, d.h. ein Copyright für ausschließlich im

WWW publizierte Beiträge etabliert werden. Für die Rentabilität von OA-Veröffentlichungen könnte indessen das Modell von Apple als Musterbeispiel dienen, dem es gelungen ist, den Download rentabel zu gestalten und zwar in Konkurrenz von Raubkopien. Gernot Hausar empfahl, für den OA-Bereich eine Akzentverschiebung vorzunehmen, denn, wie er meinte, das Hauptproblem bestehe weniger in Fragen der Förderung und der Qualitätssicherung, als vielmehr in der Zitierbarkeit der einzelnen Inhalte und Quellen, zumal das Internet als eine zutiefst dynamische, mit minimalen Kontrollinstanzen ausgestattete Institution fungiert und daher auch nicht dafür bürgen kann, solche Konservierungsmaßnahmen durchzuführen. Wie bereits mehrfach in den Diskussionen angeschnitten, plädierte Gernot Hausar auch jetzt für die Stärkung von kleineren Initiativen: Als aktuelles Gedankenexperiment am Beispiel von universitären Seminararbeiten präsentiert, gab er zu bedenken, wie eine beachtliche Datenbank alleine durch die Veröffentlichung von studentischen Beiträgen erstellbar wäre, würde eine Universität die nötigen Mittel, aber v.a. das nötige Interesse aufbringen. Um der Inflexibilität und der nicht seltenen Innovationsfeindlichkeit von Institutionen entgegenzuarbeiten, muss eben das individuelle Engagement, ja der Altruismus, der z.B. von Falk Reckling radikal in Zweifel gezogen wurde, nachdrücklicher gefördert werden, was mit Hilfe einer zentral geführten Linksammlung o.Ä. nicht in Isolation und Zersplitterung abdriften würde. Weiters gab der Vortragende zu bedenken, ob das Modell einer unentgeltlichen, durch Werbung finanzierten Datenbank nicht auch auf die wissenschaftlichen OA-Publikationsformen übertragbar wäre. Ein Versuch, dieses Modell umzusetzen, wäre umso ratsamer, denn es ist öfters der Fall, dass ursprünglich öffentlich finanzierte Projekte durch Gruppen mit Profitinteressen einvernommen werden: Dagegen sollte die Idee einer offenen Gesellschaft stärker unterstützt werden, indem der Staat dafür Sorge, die einschlägigen Mittel für eine kritische Zivilöffentlichkeit bereit zu stellen.

Die erste Diskussionsfrage János Békesi (Projektleitung, *Kakanien revisited*) richtete sich auf den Gegensatz von nachhaltiger Zugänglichkeit der Inhalte und der sich eher in Richtung Ephemerer bewegenden individuellen Initiativen bzw. ihrer Förderung. Die systematische und weitgehende Archivierung von Webseiten, so Hausar, könnte diesem Problem vorbeugen. Ursula Reber äußerte sich inzwischen skeptisch gegenüber der Idee, Marktmechanismen wären auf das Wissenschaftsbetrieb übertragbar oder zumindest Elemente des Marktes v.a. im humanwissenschaftlichen Bereich umsetzbar. Gernot Hausar bestand indessen auf dem Potenzial von Werbungen, die, sinnvoll eingesetzt, für die Rentabilität elektronischer Publikationen bürgen könnten. Ursula Reber hob aber den grundsätzlichen Unterschied von wissenschaftlichen und kommerziell vermarktbareren Inhalten hervor und, gemeinsam mit Herbert Hrachovec, plädierte sie wieder für ein stärkeres staatliches Engagement. Dieses könnte, wie Hrachovec und mit ihm auch Bettina Kann (Leiterin der Hauptabteilung Digitale Bibliothek, *Österreichische Nationalbibliothek*) hervorhoben, für die Einheitlichkeit von Formaten bürgen, aber auch die Rolle von offenen Formaten für die Nachhaltigkeit von Archivierung stärken. Gabriella Ivacs lenkte die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass dieses Problem bereits maßgeblich gelöst wurde (und zwar durch Verwendung von weit verbreiteten digitalen Formaten) und daher dies weniger ins Gewicht falle als vielmehr die Auswahl dessen, was archiviert werden solle. Diesem Gedanken pflichtete auch Bettina Kann bei, indem sie hervorhob: Auch die Archivierungspraxis brauche eine systematische Revision, indem neben der Klärung von Copyright-Fragen, die v.a. die institutionellen Tätigkeiten betreffen, auch das Problem der redundanten Speicherungen gelöst werden müsse. Gernot Hausars Argument bezog sich auf die juristische Seite des Phänomens: Gerade auf Grund von Einzelinitiativen könne der Staat dazu gezwungen werden, entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Herbert Hrachovec, der in seinem Vortrag *Remix. Shootout. Peer Control. Gefährliche Chancen am freien digitalen Markt* v.a. die ethischen und zivilgesellschaftlichen Implikationen des veränderten Umgangs mit digitalen Inhalten thematisierte, analysierte das OA-Phänomen im Spannungsfeld zwischen Kontrollierbarkeit und Kreativität. Die Anfänge der dynamischen Auffassung vom Umgang mit Inhalten v.a. im Kreise von Peer Communities seien in der Remix-Bewegung zu sehen: Die inhaltlichen und gegenständlichen Bezüge würden in diesen Rahmen ohne motivierte Verbindungen aneinander geknüpft und kombiniert, was einen öffentlichen Raum schafft, in dem zwar Freiheit der Meinungsäußerung und demokratische Entscheidungsstrukturen herrschen, der aber auch zum Raum für



unkontrollierbare Inhalte avanciere. Dies sei, so Hrachovec, bei weitem nicht als etwas zu Verurteilendes zu bewerten, denn Demagogie und wilde Rhetorik hätten bereits in der griechischen antiken Demokratie ihren Platz, akzentuiere jedoch das Problem, inwiefern dem Fachwissen und dem Professionalismus unter solchen Bedingungen noch eine Rolle zukommen könne. Die Aktualität der problematisch gewordenen Qualitätskontrolle könne gerade in diesen Praktiken des Remix verschärft vor Augen geführt werden: Der Tendenz, Inhalte völlig frei zu verwenden, ja diese eventuell gewollt zu missbrauchen, müsste v.a. in der wissenschaftlichen Praxis das Peer-Reviewing effektiv entgegen gestellt werden. Das, was in Form von wissenschaftlichem Referieren innerhalb des Wissenschaftsbetriebs bereits als eingebürgert gilt (d.h. kontextuelles Peer-Reviewing durch fachwissenschaftliche Kreise), lässt sich indessen auf die Remix-Praxis nicht übertragen. Da hier die Unterscheidung »Laie – Fachmann« nicht greift, bedarf es eines sog. konstitutiven Peer-Control, d.h. einer Konstellation, in der die Evaluierung durch gleichgestellte und einem abstrakten Begriff des Fachmanns Rechnung tragende Instanz, sprich öffentliche Meinung ausgeübt wird. Der parallele Wunsch, Open Access nicht nur zum Organisationsprinzip, sondern auch zum Kontrollprinzip der fachwissenschaftlichen Kultur zu machen, kann nur dann eingelöst werden, wenn die Kooperationsfähigkeit als Grundsatz für das Hervorbringen hochqualifizierten Wissens genügend gefördert wird, was eindeutig als die Funktion von staatlichen Entscheidungsträgern ausgewiesen werden muss.

János Békesi formulierte einige Einwände hinsichtlich der begrenzten technischen Möglichkeiten und des universell anmutenden Anspruchs, aufklärerischen Ideen Geltung zu verschaffen, worauf der Vortragende mit der zunehmenden Zugänglichkeit von Internet argumentierte bzw. die kulturelle Dimension der Frage, wie man mit Inhalten umgeht, als den relevanteren Punkt herausstellte. Zwar könne, so Ursula Reber, die Remix-Kultur eine leichtere Mobilität zwischen Laien- und Fachwissen bewirken, das Plagiat setze aber auch eine bewusste, eventuell fachlich begründete Strategie voraus. Herbert Hrachovec schlug darauf eine klare Trennung zwischen dem manipulativen Missbrauch von Inhalten und ihrer anspruchsvollen, kreativen, kritischen Neuverwendung vor, wo Ersteres gerade durch die Taktik der radikalen Dekontextualisierung gefährlich werden kann. Gernot Hausar versuchte, das Phänomen entlang der zeitlichen und medialen Annäherung des Senders und des Rezipienten greifbar zu machen, die eine schnellere und indirektere, nicht unbedingt verwerfliche Art und Weise der Verwendung sichert, während Herbert Hrachovec wiederum auf die Notwendigkeit des kontextuellen Zugangs zu den Inhalten verwies.

Im abschließenden Block der Tagung wurde die praktische und exemplarische Umsetzung der Archivierung von Inhalten präsentiert. Bevor die Strategien der Österreichischen Nationalbibliothek vorgestellt wurden, skizzierte Bettina Kann den allgemeineren Kontext von Digitalisierungsprojekten: Nach der auch offiziellen Ausformulierung der Erkenntnis, der freie Zugang zur Information und Wissen stärke das gesellschaftliche Engagement und soll als Priorität auch auf EU-Ebene gelten, konnten die Rolle der traditionellen Bibliotheken und das Problem der Digitalisierung neu diskutiert werden. Allerdings begünstigten die erbrachten zentralen Maßnahmen v.a. Einzelprojekte, die bspw. in den österreichischen Bibliotheken zunehmend isoliert und durch mangelnde Kooperationsmöglichkeiten gehemmt geführt wurden und werden. Die Situation wird auch noch dadurch erschwert, dass auf diese Weise das Kriterium der Nachhaltigkeit kaum zu erfüllen sei, und dass die Bibliotheken nicht selten mit einem Mangel an Inhalten, die digitalisiert werden sollen, konfrontiert werden. Wie allerdings das – freilich stark kritisierbare – Projekt *Google-books* sowie die bisherigen Erfahrungen bewiesen, soll die Digitalisierung nach wie vor prioritär behandelt werden, wobei das Selbstmarketing der Bibliotheken und v.a. die institutionelle Kooperation gleichfalls zu entwickeln wären. Leider aber, so Bettina Kann, verfehlen die zentralen, v.a. auf der Ebene der EU getroffenen Maßnahmen den Kern der Sache: Während die technische Ausstattung mehr als ausreichend finanziert ist, konnten gerade die inhaltlichen Mängel nicht behoben werden, und außerdem zeigten die Berichte eine krasse Asymmetrie zwischen den finanziellen Aufwendungen und den Mengen an digitalisierten Inhalten. Was die Digitalisierungsprojekte der ÖNB betrifft, konnte Bettina Kann nicht nur von einer vielfältigen, Zeitschriften, Gesetzestexte, Porträts, Papyri und Erstausgaben umfassenden, allerdings v.a. auf Bildformate beschränkten archivalischen Aktivität berichten, sondern auch davon, dass die Verpflichtung von Verlagen, der Nationalbibliothek ein Pflichtexemplar einzureichen, nun auch auf Offline-Medien ausgedehnt

werden konnte. Die freie Zugänglichkeit dieser Materialien ist jedoch nach wie vor problematisch: Die Verhandlungen, die mit Verlagen geführt werden, scheitern häufig an den Fragen des Copyrights.

Die Diskussion wurde mit der Frage eröffnet, auf Grund welcher Kriterien die Auswahl für die Digitalisierung getroffen wird (Ursula Reber): Die diesbezügliche Reglementierung, so die Vortragende, sei auch innerhalb der Institution mehr als mehrdeutig – nach den gültigen Bestimmungen sollen Inhalte digitalisiert werden, die von »allgemeinerem Interesse« sind. Daran anknüpfend stellte Herbert Hrachovec eine Grundsatzfrage: Falls man die abgeklärtere traditionelle Rollenverteilung und klaren Zuständigkeiten der Akteure (Museen, lokale Bibliotheken usw.) vor dem digitalen Zeitalter in Erinnerung ruft, gegenwärtig aber die Bestrebung nach Einheitlichkeit und Zentralisierung dominiert, wobei das Resultat wegen Isoliertheit und Unkoordiniertheit stets fragwürdig erscheint, muss unbedingt entschieden werden, was für eine Stufe der Digitalisierung und Archivierung zu erreichen wünschenswert sei, denn gigantische Datenbanken würden lediglich zu Chaos, nicht aber zu ertragreichem Wissenstransfer führen. Dafür würde, so Bettina Kann, der Umstand sorgen, dass die massenhafte Digitalisierung heute beinahe automatisch als Zuständigkeit von großen Institutionen definiert wird, und diese nach ihren (freilich noch zu verfeinernden) Reglementierungen eine gewisse Auswahl treffen und für eine auch wissenschaftlich legitimierbare Systematisierung einstehen.

Der mit *Emerging Archives/Parallel Archives* betitelte Vortrag von Gabriella Ivacs setzte sich mit den Beweggründen und praktischen Auswirkungen des Open-Access-Phänomens sowie mit den Praktiken von Archiven auseinander. Entgegen der Meinung von Falk Reckling und im Einklang mit der Zugangsweise von Gernot Hausar argumentierte sie für das Nicht-Unterschätzen des intellektuellen altruistischen Elements in den Archivierungs- oder Publikationstätigkeiten von Individuen aber eventuell auch von Institutionen. Die Rückständigkeit in der Frage jedoch, warum denn die Akzeptanz von OA-Publizieren insbes. im universitären Wissenschaftsbetrieb bei weitem nicht als selbstverständlich erachtet werden kann, müsse durch gezielt verstärkten Informationsaustausch, durch gesetzliches Management und durch die Interoperabilität von Systemen eliminiert werden. Denn Open Access sei nicht nur ein Garant für den freien Informationsfluss, sondern es sei nachgerade im konstitutionell festgelegten Recht von Individuen begründet, freien Zugang zu Information zu haben. In diesem Sinne müssen sich auch Archive auf eine nachhaltige, juristisch abgesicherte, wissenschaftlich aufbereitete Materialienbehandlung einstellen. Als Fallstudie stellte Gabriella Ivacs ein Pilot-Projekt der *Open Society Archives* vor: Unter dem Namen *Parallel Archive* ([www.parallelarchive.org](http://www.parallelarchive.org)) wurde die Digitalisierung von Archivmaterialien vorgenommen, wobei das Archiv »lediglich« die Materialien sowie die digitale Infrastruktur bereit stellt, während die ForscherInnen des Archivs die Archivstoffe auf freiwilliger Basis für eine Online-Publikation aufarbeiten. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass das Modell auf Interesse stößt und mit der Möglichkeit, im Rahmen eines wissenschaftlichen Forums die Präsentation der Archivalien zu besprechen, gleich eine Kontrollfunktion eingeschaltet werden konnte, welche die Wissenschaftlichkeit zu garantieren imstande ist. Die Initiative, wie auch ähnliche Projekte, müssen allerdings die bereits mehrfach erwähnten Bedenken hinsichtlich der rechtlichen Situation, der Systematisierung und der Kontextualisierung reflektieren. Bis Ende 2011 wird die Öffnung für eine internationale Forschergemeinschaft und die Veröffentlichung der Quellenkodes vollzogen.

In der an- und abschließenden Diskussion konnten insbes. im Lichte des Vortrags von Gabriella Ivacs die Vorzüge von Open Access bekräftigt werden, gleichzeitig aber die Einsicht, humanwissenschaftliche OA-Publikation bedürfe massiver institutioneller und finanzieller Unterstützung, dahin gehend relativiert werden, dass Einzelinitiativen eine maßgebliche Rolle zugesprochen bekommen müssen, um nicht nur demokratische Verhältnisse, sondern auch altruistisch motivierte Kreativität walten zu lassen.